



Mehr Geld für Kitas bereitgestellt

Die Regierung will die Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung neu regeln: Nebst dem Staatsbeitrag sollen künftig Gelder aus der Familienausgleichskasse (FAK) sowie von den Gemeinden bereitgestellt werden. Die Mittel würden neu nach erbrachter Leistung verteilt.

→ Der von Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini vorgestellte Vorschlag sieht vor, die Subventionen für Kindertagesstätten, Tagesstrukturen und Mittagstische von derzeit 2,8 Millionen Franken auf künftig 5,1 Millionen Franken zu erhöhen. Damit will die Regierung eine Gleichbehandlung aller Einrichtungen im Land ermöglichen: Derzeit erhalten die seit 2011 eröffneten Einrichtungen keine Subventionen und sind daher preislich nicht konkurrenzfähig. Damals verhängte die Regierung einen Finanzierungsstopp für die Kinderbetreuung.

Künftig sollen alle Einrichtungen unterstützt werden, die die im Ge-

setz definierten Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehören dann auch die privaten Kindertagesstätten von Unternehmen wie jene der Hilti AG in Schaan, die 2013 eröffnet wurde. Wie viel Geld eine Einrichtung bekommt, hängt dabei nicht mehr von den bewilligten bzw. angebotenen Beauftragungsplätzen ab, sondern von der tatsächlich erbrachten Betreuungsleistung. Die Einrichtung muss nachweisen, wie viele und welche Betreuungsleistungen erbracht wurden, und erhält entsprechende Beiträge.

Gemeinden und FAK bezahlen

Die zusätzlich benötigten 2,3 Mio. Franken sollen zu einem geringeren

Teil aus den allgemeinen Steuermitteln (135 000 Franken) und zum Grossteil von den Gemeinden (1 Mio. Franken) sowie der FAK (1,2 Mio. Franken) bereitgestellt werden. Warum die FAK? Zum einen leisten die Arbeitgeber die Beiträge an die FAK. Zum anderen ist sie für die Kinderzulagen, Geburtszulagen und Alleinerziehendenzulagen zuständig. Aufgrund der geringen Geburtenrate sind genügend Mittel vorhanden: Während die Bezüge seit 2008 relativ konstant sind, verdoppelte sich das Vermögen nahezu. Die FAK hat mehr als drei Jahresausgaben Reserven. Die Gemeinden wiederum werden gemäss der

neuen Vorlage ihre Beiträge einheitlich mit Geldzahlungen erbringen. Heute werden die Kitas von den Gemeinden vorwiegend durch das Zurverfügungstellen von Liegenschaften und den Verzicht auf Mieteinnahmen unterstützt.

Ungeachtet dessen wird die Wirtschaftskammer mit einer eigenen Initiative versuchen, die Situation aus ihrer Sicht zu verbessern. «Wir haben einige Punkte, die wir nicht auf dem Verordnungsweg sehen, sondern direkt im jeweiligen Gesetz. Auch hinsichtlich der Höhe der Subventionierung sind wir noch nicht auf dem gleichen Weg», erklärt Geschäftsführer Jürgen Nigg.